

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

11.11.1932 (No. 265)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 955  
und 954  
Postleitzahl  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Klenz,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 6 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besendet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

### Die Elektrifizierung der Bahnen

Das wichtigste Kampfmittel der Bahnen im Wettbewerb zwischen Schiene und Straße

Zu diesem Thema, das wir kürzlich an anderer Stelle bereits behandelt haben, gehen uns folgende Ausführungen zu:

Der belgische Verkehrsminister Fortomme hat kürzlich einen Vortrag über die Elektrifizierung der Eisenbahnen gehalten, in dem er sich hauptsächlich mit der Gefahr beschäftigte, welche der Schiene von der Straße her droht. „In diesem Wettstreit zwischen Schiene und Straße“, sagte der Minister, „liegen sich zahlreiche Probleme, die gegenwärtig von allen (?) Regierungen und von allen großen wirtschaftlichen Organisationen mit der größten Sorgfalt studiert werden“.

Der Minister bezeichnete die Elektrifizierung als das wichtigste Kampfmittel der Bahnen gegenüber der Autokonzurrenz; denn eine elektrifizierte Bahn ermöglicht nicht nur ein reines und viel rascheres Fahren, sie ermöglichte auch eine größere Anpassung an das Schwanken des jeweiligen Verkehrsaufkommens durch die Einsetzung schnellerer Triebwagen. Es sei erwiesen, daß ein häufiger, einfacher und schneller Verkehr die Zahl der Reisenden in einigen Monaten, sogar in einigen Wochen auf drei- oder vierfache vergrößert. Ein Vorteil sei auch die Möglichkeit der in einem elektrifizierten Netz vom Personal zu leistenden Arbeit.

Die Elektrifizierung wäre aber auch ein Mittel zur teilweisen Beseitigung der Arbeitslosigkeit. „Seitdem uns die Krise plagt“, sagte der Minister, „hat man von allen Seiten große Arbeiten angekündigt, welche die Arbeitslosigkeit vermindern und vielen Unternehmungen eine Möglichkeit des Weiterlebens geben sollen. Wenn man aber an die Durchführung schreiten will, stößt man jedesmal auf unübersteigbare Schwierigkeiten. Gewisse vorgeschlagene Arbeiten sind von sehr geringem Nutzen, andere erfordern nur sehr wenige Handarbeit, andere wieder können von den Gruppen von Arbeitslosen, die man gerne zur Arbeit bringen möchte, nicht ausgeführt werden. Die mit der Elektrifizierung zusammenhängenden Arbeiten haben keinen dieser Nachteile. Die Möglichkeit kann ihnen nicht abgelehnt werden. Was die Handarbeit betrifft, spielt sie in allen Industrien, die mit dieser großen Umformungsarbeit verbunden sind, eine bedeutende Rolle und überschneidet bei weitem alle anderen Ausgaben. Schließlich nehmen viele andere Industrien außer der Elektroindustrie Anteil an der Elektrifizierung. Man hat bei einer kürzlich erfolgten Elektrifizierung einer Linie 80 Prozent an Löhnen bezahlt. Andererseits sind 32 Prozent der Gesamtausgabe an die Elektrofirmen gegangen; die restlichen 68 Prozent kamen 48 anderen Industrie- und Sachunternehmungen zugute.“

Der Minister befahte sich dann noch mit der Frage der Finanzierung und meinte, das Klügste wäre die sofortige Elektrifizierung des gesamten Netzes der belgischen Bahnen, die den Gegenstand einer Operation großen Stils bilden müßte, wobei der Staat einen Anteil aus dem Arbeitslosenunterstützungsfonds beisteuern könnte, der durch die Beschäftigung einer Reihe von Unternehmungen entlastet würde. Wenn mit der Elektrifizierung eine rasche Reform des Betriebes überhaupt verbunden werden möchte, dürfe man auch eine beträchtliche Vergrößerung des Verkehrs der Reisenden hoffen.

Ähnlich wie in Belgien liegen die Verhältnisse auch in Deutschland, darum ist es für die deutsche Öffentlichkeit nicht uninteressant, zu hören, wie führende Verkehrsminister in Belgien über die Elektrifizierung der Bahnen denken.

In Deutschland spricht das volkswirtschaftliche Interesse außerdem deshalb für baldige Bahnelektrifizierung, weil durch sie auch die Verwertung nicht transportwürdiger Brennstoffe und ungenutzter Wasserkraft erreicht wäre.

### Die Heimkehr v. Gronau

Der Dornier-Wal des Weltfliegers von Gronau ist am Donnerstagabend um 2.40 Uhr, von München kommend, glatt auf der West in Mangel bei Friedrichshafen gelandet. Der Reichsaussenminister hat v. Gronau in einem Telegramm beglückwünscht. Bei einem von den Dornier-Becken veranstalteten Empfang, ehte als erster Dr. Dornier, der Konstrukteur des erfolgreichen Flugboots, die Weltflieger. Mit dem jetzigen größten Fluge über 4300 Kilometer um die Erde sei v. Gronau der erste Europäer, der mit dem Flugzeug eine Reise um die Welt gemacht habe. Ministerialdirektor Mühlhoffmann überbrachte eine Einladung der Reichsregierung zu einer Ehrung der Flieger am Donnerstag in Berlin. In einer kurzen Schilderung gedachte v. Gronau seines Fluges, vor allem der Hilfsbereitschaft der Regierungen, der durchflogenen Länder und der Gafffreundschaft, die ihm bei den Nationen zuteil geworden war.

Dr. Cämer, der zur Zeit in Barcelona weilte, hat erklärt, er würde es sehr begrüßen, wenn man in Barcelona, das ein prächtiger Startplatz für Luftschiffe nach Südamerika sei, Seppelne bauen könnte.

### Letzte Nachrichten

#### Reichsregierung und Parteien

##### Noch keine Einladung an die Parteiführer

BRN, Berlin, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß Reichkanzler v. Papen die Führer einer Reihe von Parteien bereits gestern abend zu den Besprechungen eingeladen habe, zu denen ihn der Reichspräsident bei dem gestrigen Empfang autorisiert hat. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist diese Nachricht falsch.

Der Kanzler hat bisher noch niemand eingeladen. Für heute kommen noch keine derartige Besprechungen in Frage, da der Kanzler den Nachmittag über durch die Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der Länder vollaus in Anspruch genommen ist. Es ist zu erwarten, daß die ersten Besprechungen am Sonntag stattfinden, und daß sie am Dienstag nach der Rückkehr des Reichkanzlers aus Dresden fortgesetzt werden.

##### Ein allgemeines Hypothekenmoratorium?

BRN, Berlin, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Wie die „Berliner Morgenzeitung“ meldet, soll das Reichsministerium eine Notverordnung beschließen haben, die ein generelles Moratorium für alle Hypotheken, mit Ausnahme der Aufwertungsypotheken, bis April 1934 ausspricht. Damit würde also die bisher nur für die Landwirtschaft bestehende generelle Kapitalstundung auch auf alle anderen Hypotheken ausgedehnt werden.

##### Aufreue im Bielefelder Gefängnis

###### Leutnant Scheringer als Rebellenführer

BRN, Bielefeld, 11. Nov. (Tel.) Unter den im Bielefelder Gefängnis untergebrachten Festungsgesangenen kam es gestern nachmittag zu einer Revolte, nachdem ein Teil der Gefangenen bereits am Mittwoch in den Hungerstreik getreten war. Der Streik richtete sich gegen die verhärteten Bestimmungen des Strafvollzuges bei der Festungshaft. Unter Anführung des früheren Leutnants Scheringer kam es im Gemeinschaftsraum zu turbulenten Szenen. Die Gefangenen zertrümmerten das Mobiliar und warfen ihre Eßgeschirre auf die Straße. Vor dem Gefängnis tobte sich eine große Menschenmenge zusammen, die die lärmenden Demonstrationen der Gefängnisinsassen mit erregten Zurufen begleitete. Auch in den Zellen wurde das Mobiliar zertrümmert und das Bettzeug zerissen und durch die Lüftung nach außen geworfen. Die Beamten der Gefängnisverwaltung hatten gegen die Ärmenden einen schweren Stand. Sie vermochten aber die Revolte ohne Unterstützung der Polizei niederzuschlagen.

##### Über 1000 Todesopfer eines Orkans auf Cuba

BRN, New York, 11. Nov. (Tel.) Bei einem Orkan auf Cuba dürften nach den hier eingetroffenen Meldungen mehr als tausend Menschen das Leben eingebüßt haben. Besonders stark ist die Provinz Puerto Principe heimgesucht worden, wo namentlich die Städte Santa Cruz del Sur und Camaguey verwüstet wurden. Da die Santa Cruz schwebenden Dämme brachen, ergossen sich die Fluten in die Stadt. Glücklicherweise gelang es den meisten Einwohnern, sich in Sicherheit zu bringen. Im Hafen sind viele Schiffe gesunken. Größer als in Santa Cruz ist die Zahl der Toten in Camaguey. Der Sachschaden ist in beiden Städten bedeutend. Viele Häuser sind nur noch einen Trümmerhaufen. Die Verbindungen sind unterbrochen.

##### Der Machtwechsel in Amerika

###### Keine völlige Aufhebung der Prohibition?

Walwins Forderung nach einer Revision der Kriegsschulden, die er am Mittwoch auf dem Guildhall-Bankett in London zum Ausdruck brachte, wird im Washingtoner Staatsdepartement dahin kommentiert, daß in diesen Fragen der gesehlich vorgeschriebene und vertraglich festgelegte Wege eingehalten werden müßte. Die Schuldner müßten sich also an das amerikanische Schicksal wenden. Da beide amerikanischen Parteien sich gegen eine Streichung der Kriegsschulden ausgesprochen haben, so dürfte im Kongress ein Antrag auf Revision der Schulden nur dann Gehör finden, wenn in der Rüstungsfrage erhebliche Abstriche an den Rüstungsausgaben Europas erzielt würden.

Mit dem Abgang Hoovers dürfte die Frage der Anerkennung Sowjetrusslands sehr aktuell werden. Man rechnet mit einer Aufnahme des diplomatischen Verkehrs schon 1933. Dagegen glaubt man, daß in der Prohibitionfrage die europäischen Exporteure zu optimistisch seien; denn zur Aufhebung einer Verfassungsbestimmung bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses und einer Zweidrittelmehrheit in den vierstelligen aller Einzelstaatlichen Parlamente. Man befürchtet, daß die Südstaaten eine völlige Aufhebung der Prohibition verhindern werden.

Aus den vollständigen Ergebnissen der Senatswahlen geht hervor, daß 28 Demokraten und sechs Republikaner gewählt worden sind. Die Demokraten haben damit insgesamt 59 Senatsitze, die Republikaner 36 und die Farmer-Labor-Party einen Sitz.

Die letzten bekanntgewordenen Zahlen für die Kongresswahlen lauten: 314 Demokraten, 111 Republikaner, 4 Landarbeiter. Zweifelsfrei sind noch 6 Sitze.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Um die Kontingentierung der Agrareinfuhr — Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland — Ein würtembergisches Holz-Dumpiqq

Die Probleme des internationalen Warenverkehrs werden weiter die Wirtschaftskreise aller Länder beschäftigen, denn es gilt, vieles wieder aufzubauen und das neu zu ordnen, was sich als nicht haltbar erwiesen hat. Dabei stehen sich überall die Interessen großer Berufsstände entgegen, und entgegengesetzte Forderungen werden nicht nur mit den Notwendigkeiten für den betreffenden Berufsstand begründet, sondern auch mit den Vorteilen (oder im gegenseitigen Fall mit drohenden Nachteilen) für die gesamte Volkswirtschaft des betreffenden Landes. Bei uns in Deutschland gehen die Auseinandersetzungen über die Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte weiter. Während die Landwirtschaft die Fortsetzung dieser Politik fordert, nachdem nun die Dutertkontingente eingeführt sind (mit denen sich die deutsche Industrie schließlich abgefunden hat), wenden sich die Exportindustrien gegen weitere Kontingentierungsmassnahmen. Neuerdings denkt man an eine andere Preisstützung für die Landwirtschaft, nämlich durch Getreidezölle (nach dem Beispiel des Zuckersolls), die entsprechend den Marktpreisen herauf- oder herabgesetzt werden können. Es stehen diesem Plan allerdings vertragliche Abmachungen mit wichtigen Bezugs- und Absatzländern entgegen.

Nun hat auch der Verband südwestdeutscher Industrieller mit der Begründung, daß schon die bloße Ankündigung der Kontingentierung die industrielle Ansfuhr durch Gegenmaßnahmen und Boykottbewegungen im Ausland ungemein schädigte, eine Kundgebung an den Reichkanzler gerichtet, in der zwar zugegeben wird, daß der Landwirtschaft weiter geholfen werden müsse, namentlich auch durch Unterstützung im Ausbau ihrer Absatzorganisationen, daß aber die Auswirkungen der geplanten handelspolitischen Maßnahmen zu erneuter Arbeitslosigkeit, Schwächung der Kaufkraft breiter Massen und dadurch zu einer Mindererzeugung deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse, statt zu einer Steigerung führen müßten. Während die durch die geplanten Kontingentierungen betroffenen Länder zu den bedeutendsten Abnehmern unserer industriellen Erzeugnisse zählen, und gerade die Struktur der badischen und südwestdeutschen Wirtschaft überwiegend durch Exportindustrie gekennzeichnet werde, stelle die Einfuhr von Luxuslebensmitteln und Luxuskonsumgütern nur einen geringen Prozentsatz unserer Gesamteinfuhr dar.

Von badischer landwirtschaftlicher Seite war durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Grafen Douglas, der ja in diesen Tagen vom Reichspräsidenten empfangen worden ist, in einem Interview mit einem Pressevertreter vor einiger Zeit bereits betont worden, daß das Ziel, das auch die badische Landwirtschaft mit ihren Forderungen auf Kontingentierung der Produkte der Veredelungswirtschaft verfolgte, eine Vermehrung der Waren und des Absatzes, nicht eine Erhöhung der Preise sei. Sie begründet ihr Verlangen damit, daß gerade die Veredelungsprodukte in der bisherigen Handelspolitik unberücksichtigt geblieben seien. Die deutsche Landwirtschaft müsse bestrebt sein, wie das bei Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Milch oder einzelnen Gemüsesorten bereits gelungen sei, allmählich Deutschland vollständig versorgen zu können und auch in anderen Warengruppen die Produktion so zu gestalten, daß wir nur unbedeutende Mengen einzuführen brauchen. Es bleibe der Landwirtschaft gar nichts anderes übrig, als Kontingentierungsforderungen für die Einfuhr zu stellen, wenn man auch wisse, daß eine solche Handelspolitik nur eine Notmaßnahme sei.

Wie schwierig die handelspolitischen Probleme durch die Weltwirtschaftskrise geworden sind, zeigt sich auch bei der Ordnung unserer handelspolitischen Beziehungen mit der Schweiz, die natürlich für unser Grenzland Baden besondere Bedeutung haben. Mehr als zwei Monate hat man gebraucht, um ein Wirtschaftsabkommen zu erzielen, nachdem seit Anfang Februar ein vertragsloser Zustand zwischen beiden Staaten bestand. Dieses Abkommen ist aber auch nur ein Provisorium, in Kraft tretend am 17. November und zunächst gültig bis Ende März, und es wird noch ein weiter Weg bis zur Wiederherstellung wirklich geordneter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz sein, wozu die völlige Beseitigung

der schweizerischen Kontingente Voraussetzung wäre. Die Schweiz hat nun erhöhte Kontingente zugestanden gegen Herabsetzung deutscher Zölle auf verschiedene Waren. Während die schweizerischen Einfuhrkontingente für bestimmte Waren nur eine Einfuhr von durchschnittlich 20 Prozent (im Vergleich zu 1931) aus Deutschland zuließen, sind diese Anteilssätze nun im allgemeinen auf 40 Proz. heraufgesetzt worden. Bei andern deutschen Waren darf keine Verkleinerung der Kontingente mehr erfolgen, Zugeständnisse, die immerhin doch die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz nun etwas erleichtern werden. Außerdem hat Deutschland Erleichterungen im Devisenverkehr für Waren und für Reisen zugestanden, während auch die Schweiz verschiedene Zölle ermäßigte.

Auch an dem handelspolitischen Verhältnis Deutschlands mit Holland ist Baden erheblich interessiert. Schon wegen seiner Handelsverbindungen durch die Rheinschiffahrt, aber auch deshalb, weil von den Kontingentierungsplänen der für Gemüse besonders Baden wegen seiner günstigen klimatischen Lage in Deutschland und wegen der noch großen Möglichkeiten der Vergrößerung des Frühgemüseanbaus gerade in unserem Land betroffen. In Holland selbst, wo angeichts der deutschen Kontingentierungspläne eine starke Boykottbewegung gegen deutsche Waren eingeleitet wurde, sieht man die Dinge etwas ruhiger an. Es hat sich jetzt, und zwar unter Beteiligung des „wirtschaftlichen Abwehrausschusses der niederländischen Landwirtschaft und der Gartenbauorganisationen“, zusammen mit den industriellen Organisationen ein Zentralinstitut zur Förderung des normalen Handelsverkehrs zwischen Holland und Deutschland gebildet. Man denkt an den Weg des Güterausstausches (Warenclearing), wozu Büros in Haag und in Düsseldorf errichtet werden sollen. Ebenso hat eine Versammlung der niederländischen Handelskammern sich für eine derartige Zentralisation des Warenaustausches ausgesprochen und ein Vorbereitungsausschuß gegen die bekannnten Boykottbewegungen Stellung genommen. Die holländischen Käufer sollen sich mit den deutschen Käufern über den Bezug bestimmter Prozentanteile von Waren einigen.

In Schweden, das im vorigen Jahr etwas über 4 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr aufnahm und etwas über 2 Proz. der englischen, sieht Deutschland gegenwärtig besonders mit England in Konkurrenz. Eine deutsche Abordnung soll in Stockholm Vorbesprechungen über eine Erneuerung und Umgestaltung des Handelsvertrags aufnehmen, während gleichzeitig eine schwedische Delegation in London verhandelt. Deutschland hat das Butterkontingent von 6800 Tonnen auf 4300 Tonnen beschränkt, jedoch dabei als Gegenleistung Zollermäßigungen in Aussicht gestellt. Aber die deutschen Kontingentierungspläne beziehen sich auch noch auf andere schwedische Exporte. England hat den ungünstigen Eindruck, den das großbritische Wirtschaftsabkommen von Ottawa mit der Bevorzugung der Waren aus dem Empire gemacht hat, durch eine Propagandareise des Prinzen von Wales abzuschwächen versucht. Während die deutsch-schwedische Handelsbilanz für Deutschland aktiv war, war Englands Handelsbilanz mit Schweden passiv. Schweden bezieht etwa ein Drittel seines Einfuhrbedarfs aus Deutschland und setzt nur ein Zehntel seiner Ausfuhr bei uns ab. Schweden kauft weniger von England, denn über ein Viertel seiner Ausfuhr geht nach England, während es nicht ganz 15 Proz. seines Einfuhrbedarfs in England deckt. England will nun unter Hinweis auf seine Bedeutung als Kunde seine Lieferungen nach Schweden erhöhen und wird ihm wahrscheinlich günstige Angebote machen, um Deutschland dort zurückzudrängen. Übrigens handelt es sich bei der schwedischen Ausfuhr nach Deutschland überwiegend um industrielle Rohstoffe, vor allem Eisen, Erz und Holz, wogegen die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland erheblich zurücktritt.

Ferner finden gegenwärtig zwischen Deutschland und Österreich Verhandlungen statt, in denen die Grundzüge des kommenden Handelsvertrags besprochen werden. Die eigentlichen Verhandlungen sollen erst im Dezember beginnen. Deutschland hat sich bereits zur Gewährung von Vorzugszöllen sowohl für agrarische wie für industrielle Produkte bereit erklärt, und Österreich will vor allem Erleichterung für die Einfuhr von Rundholz, Korkerzeugnissen und Mastvieh nach Deutschland, sowie auch für manche Industrieerzeugnisse, vor allem Holzprodukte. Deutscherseits wird man wahrscheinlich Höchstkontingente mit der Möglichkeit nachträglicher Abänderungen zugestehen bereit sein. Übrigens will man in Wien gleichzeitig auch mit Frankreich und Polen über Vorzugszölle verhandeln, die bekanntlich auf der Konferenz von Stresa die Hauptrolle spielten, da diese Konferenz der Notlage der südöstlichen Agrarstaaten galt. Österreich hat bekanntlich ein außerordentlich starkes Handelspassivum (800 bis 1000 Millionen Schilling jährlich.) Deutschland aber ist bei weitem das wichtigste Land für den österreichischen Außenhandel und Absatz.

Welche Entwicklung die Lage angenommen hat, das zeigt die Tatsache, daß es in der letzten Zeit auch zu innerdeutschen Auseinandersetzungen wegen des Ablasses mit Holz gekommen ist und die übrige süddeutsche Holzwirtschaft gegen ein „württembergisches Holz-Dumping“ Stellung genommen hat. Die württembergische Staatsforstverwaltung hat zur Hebung des Schnittwarenablasses nach außerwürttembergischen Ländern, vor allem nach Rheinland-Westfalen, sich zu Gewährung von Rabatten auf Rundholz aus welchem Schnittware hergestellt wird,

die außerhalb Württemberg abgesetzt wird, für die Zeit vom 1. bis zum 30. September nächsten Jahres bereit erklärt. Von badischer Seite (Badischer Waldbesitzerverband) wurde an die Staatsforstverwaltung bereits die Bitte gerichtet, daß sich Baden nicht auf solche Maßnahmen einlassen dürfe, um nicht den langsam sich bessernden Markt zu beunruhigen. Ebenso ist von Seiten des bayerischen Industriellenverbandes Protest gegen ein solches innerdeutsches Dumping, da der bayerischen Holzwirtschaft ernste Absatzgefährdung drohe, erhoben, und von der bayerischen Regierung verlangt worden, sie möge auf eine Aufhebung der württembergischen Verordnung hinwirken, da durch ein solches Ausführprämienystem dem übrigen süddeutschen Waldbesitz größter Schaden entstehen müsse.

### Der Auftrag des Reichspräsidenten Reichsregierung und Parteien

Nachdem sich am Mittwoch in einer mehrstündigen Sitzung die Mitglieder der Reichsregierung nach einer offiziellen Verlautbarung darauf geeinigt hatten, an dem vom Kabinett eingeschlagenen Weg festzuhalten und unter Ablehnung einer Demission des Gesamtkabinetts oder einzelner seiner Mitglieder den Gedanken der sogenannten nationalen Konzentration auch weiterhin zu verfolgen, wurde Reichskanzler v. Papen Donnerstag nachmittag 5 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen. Über diese Unterredung wurde folgendes amtliche Kommuniqué veröffentlicht:

„Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.“

Die Besprechungen mit den Parteien sollen um die Wochenende beginnen. Der Kreis der in Frage kommenden Parteien ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit den Regierungschefs der Länder beginnen heute, Freitagnachmittag, zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen. Es war von vornherein nicht in Aussicht genommen, eine gemeinsame Konferenz aller Ländervertreter abzuhalten, vielmehr nur mit Bayern, Württemberg und Baden eine solche Besprechung verabredet. Dann ist nach Sachsen hinzugekommen. Die Vertreter der übrigen Länder werden — soweit sie den Wunsch haben — vom Kanzler einzeln empfangen.

Sozialdemokratische Kampfanzeige. Der Parteiausführer der Sozialdemokratischen Partei sagte, wie gemeldet, am Donnerstag. Eine Mitteilung besagt, daß es für die Sozialdemokratische Partei nach wie vor nur den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre Pläne gäbe. Die Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. November, zusammenzutreten und in diesem Sinne weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen. Bisher ist die Einbringung von Anträgen auf ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung, ferner auf Erlass einer Amnestie, auf Aufhebung der Sondergerichte, auf Erhöhung der Unterstützung für die Arbeitslosen, auf Umbau der Wirtschaft usw. in Aussicht genommen.

### Der Zwischenfall in Genf

#### Die politische Spannung in der Westschweiz

Die blutigen Zwischenfälle, die sich in der Nacht zum Donnerstag in Genf ereigneten, haben ihren tiefsten Grund in der ungleichen Spannung, die seit längerer Zeit latent zwischen den bürgerlichen Gruppen und der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in Genf besteht. Die Niederlage, die kürzlich die sozialistisch-kommunistische Bewegung in einer von ihr beantragten Volksabstimmung über Steuerbefreiung aller Einkommen unter 7000 Franken erlitten hatte, und die Angriffe, die ihr Führer Nicole in immer stärkerem Maße in dem Arbeiterblatt „Travail“ gegen die Verwaltung und das Bürgerturn richteten, hatten eine Gegenströmung hervorgerufen, die schließlich zur Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung unter Führung der konservativ-bürgerlichen Bewegung, der Union Rationale führte. Nicole hatte zunächst an die Behörden die Aufforderung gerichtet, diese Versammlung nicht zuzulassen, eine Aufforderung, der der Staatsrat nicht nachkommen zu können glaubte.

Von sozialistischer Seite wurden — wie aus Genf berichtet wird — Vorbereitungen getroffen, die Versammlung zu verhindern. Bei den Kundgebungen hielt Nicole, der offizielle Führer der Genfer Sozialisten, eine Ansprache, worin er erklärte, daß die Stunde für die Revolution geschlagen habe. Er forderte die Masse auf, nicht von der Straße zu weichen. Die Polizei erwies sich als machtlos. Es wurde deshalb Militär in Marsch gesetzt. Die Menge griff das Militär an und verletzete eine Anzahl Soldaten. Erst als das Militär schoß, zog sich die Menge zurück. Nicole wurde verhaftet.

In Basel, Bern und Zürich fanden am Donnerstagabend kleinere sozialistische und kommunistische Kundgebungen gegen die Genfer Vorfälle statt, die jedoch in aller Ruhe verhiessen. Die Behörden haben die Alarmbereitschaft von Militär angeordnet. Es wurde schon der Generalstreik angedroht.

#### Überall Ruhe in der Schweiz

Basel, Bern, 11. Nov. (Tel.) Die Nacht zum Freitag ist in Genf und in der übrigen Schweiz vollkommen ruhig verlaufen. Die Truppenaufgebote brauchten nirgends einzugreifen. — Der Schweizerische Gewerkschaftsbund will sich in die Genfer Affäre nicht einmischen; er betrachtet diese Vorgänge als Angelegenheit der Genfer Sozialisten.

Bei kommunistischen Demonstrationen in der isländischen Hauptstadt Reykjavik wurden 20 Polizeibeamten verletzt.

Umbenennung von Selskäs. Die Regierung von Selskäs hat dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß dieses Land amtlich den Namen „Südöstliches Arabien“ angenommen habe.

In der argentinischen Provinz Cordoba hat ein Erdbeben in verschiedenen Dörfern Sachschaden angerichtet.

## Außenpolitische Debatte im Unterhaus

### Der neue englische Plan

Im englischen Unterhaus fand am Donnerstag die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attlee brachte einen Antrag der Arbeiteropposition ein. Es treffe nicht zu, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in einem ungeeigneten Augenblick vorgebracht worden sei. Jedermann erkenne seiner Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne. Allerdings sei fraglich, ob Gleichheit Abrüstung oder Aufrüstung bedeuten werde.

Der Staatssekretär des Äußern, Sir John Simon, erklärte u. a.:

Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben, regt die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen in Deutschlands Anspruch auf den Grundsatz der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten unter sich durch Zugriff auf Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen brächte für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich.

In einer Abrüstungskonvention müßten auch die Beschränkungen der deutschen Rüstungen enthalten sein. Das bedeute, daß die Teile des Versailler Vertrages, die gegenwärtig Deutschlands Waffen und Streitkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt würden. Die Dauer der Konvention müßte für alle Nationen gleich sein.

In der Frage der Kriegsmaterialien habe Deutschland erklärt, es habe keine Absicht, aufzurüsten, sondern wünsche lediglich, daß grundsätzlich die Art der Rüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann müsse dieses Prinzip anerkannt werden. Gleichberechtigung, wie sie die gegenwärtige deutsche Regierung verfolge und auslege, bedeute die Frage der erlaubten Waffen und die Frage der Reorganisation der deutschen Streitkräfte. Eine Zusammenkunft von Angesicht zu Angesicht sei nach wie vor nötig, um eine Grundlage zu finden, auf der Deutschland zur Konferenz in Ghern zurückkehren könne. Das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen.

W.D. London, 11. Nov. (Tel.) Wie Neuter aus Parlamentskreisen hört, geht der britische Vorschlag dahin, unter keinen Umständen zur Gewalt zu greifen und vor allem die europäische Lage zu berücksichtigen. Die Besorgnisse, die vor allem hinsichtlich des Problems der deutschen Ostgrenzen in so vielen Teilen Europas herrsche, sei dabei berücksichtigt worden. Es sei zweifelhaft, ob einige Verträge, denen Großbritannien nicht beigetreten ist, Deutschland ausreichend verpflichten, wegen seiner Ostgrenzen nicht zur Gewalt zu greifen. Mit einer einfachen Erklärung über Deutschlands Grenzverhältnisse und mit der Deutschland zugestandenen Gleichberechtigung hoffe man, den Geist der Verbitterung und der Erbitterung in der deutschen Öffentlichkeit zu verdrängen und eine ruhigere Auffassung in Deutschland zu stärken. Man müsse Deutschland zuerst gerechte Behandlung zuteil werden lassen, von der es gegenwärtig noch nichts merke, dann müßte man eine Gewähr dafür verlangen, daß es ein solches Entgegenkommen nicht ausnütze, um den Frieden Europas zu stören. Über die Wiederteilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz sollen Verhandlungen zwischen Simon und Hoeseh in London aufgenommen werden.

### Französischer Abrüstungsplan wird am 15. November veröffentlicht

W.D. Paris, 11. Nov. (Tel.) „Reit Parisien“ kündigt an, daß der französische Abrüstungsplan wahrscheinlich am Dienstag in Genf eingebracht und veröffentlicht wird. Bei der redaktionellen Abfassung sei allen Einwendungen Rechnung getragen worden, die im Obersten Rat für nationale Verteidigung gemacht wurden. „Reit Parisien“ glaubt, daß der Plan in seiner letzten Form gleiche Bestimmungen in der Abrüstungsfrage, nicht aber numerische Gleichheit vorzieht.

Eine französische Wirtschaftskommission, unter Führung des Unterstaatssekretärs Patenôtre, ist heute, Freitagvormittag, in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Adlon Wohnung genommen.

Die „Edd. Arbeiterzeitung“ ist vom Stuttgarter Amtsgericht beschlagnahmt worden. Das württembergische Innenministerium hat außerdem das Blatt wegen Ausfühungen hochverräterischen Inhalts verboten, und zwar bis 19. d. M.

Verfahren gegen Brodat eingestellt. Wie das Berliner „Achtuhrauböhl.“ berichtet, hat die Staatsanwaltschaft I in Berlin das Verfahren, das gegen den W.G.-Direktor Brodat wegen angeblicher Begünstigung der Stareks geführt wurde, eingestellt.

Die Kommunalkonflikte in Oldenburg. Die Amtsenthebung des deutschen nationalen Bürgermeisters Dr. Stoffregen in Cutin durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmer ist zurückgenommen worden. Der Bürgermeister hatte ein Ultimatum an das Ministerium in Oldenburg gestellt, in dem er gefordert hatte, unverzüglich wieder in sein Amt zurückkehren zu dürfen, sonst werde sein Rechtsvertreter zum Reichsinnenministerium fahren. Stoffregen hat erklärt, er werde gegen sich die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragen und bis zum Abschluß des Verfahrens um seine Beurlaubung bitten.

### Kleine Chronik

Der am Donnerstag in New York eingetroffene Lloyd-Dampfer „Bremer“ legte die Fahrt von Cherbourg ab in 4 Tagen 16 Stb. 43 Min. zurück; der bisherige Rekord der „Europa“ ist um 23 Min. unterboten.

In der Kruppstraße in Mülheim a. d. Ruhr fuhr ein Rotorad in ein 18 Mann starkes Tambourlopps des kathol. Jungmännervereins hinein, wodurch 5 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Lenker versuchte zu entkommen. Es handelt sich um einen Kaufmann aus Dortmund.

Im Bremer Sprengstoffprozeß wurden 6 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 2½ bis 8 Jahren verurteilt.

Mehrere Personen, die Donnerstag früh auf einer Schlammlohlenhalde bei Banne-Gidel Kohlen entwendeten wollten, wurden verhaftet; 3 Personen kamen ums Leben.

Ein Heim für schwer erziehbare Kinder in Wadenswil im schweizerischen Kanton Zürich ist Donnerstag früh niedergebrannt; 12 Kinder verbrannten.

Nach einer Meldung aus Sabanna sollen bei einem Orkan auf den Canaquey-Inseln 300 Menschen umgekommen sein.



